

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 9 15 20-0
Telex: 886 846 ppbn
Telefax: (02 28) 9 15 20-12

Inhalt

Dr. Konstanze Wegner MdB denkt über die Existenzberechtigung der ASF nach: Brauchen wir noch eine Frauen-Organisation?

Seite 1

Hans Büttner MdB kommentiert das erste Gesetz zur Umsetzung des Wachstumsprogramms: Rechtsstaat auf den Kopf gestellt.

Seite 3

Karin Junker MdEP sieht in dem Wahlsieg von Gro Harlem Brundtland eine Ermutigung für die Gleichstellungs-Befürworter: Freude bei den SPD-Frauen.

Seite 4

Lissy Gröner MdEP fordert zum Weltkindertag: Wir brauchen eine Charta der Kinderrechte.

Seite 4

Dokumentation

Wolfgang Thierse MdB sprach auf dem Kongreß der Friedrich-Ebert-Stiftung über die Ost- und Deutschlandpolitik der SPD: Kleine Schritte sind besser als große Worte.

Auszüge

Seite 5

48. Jahrgang / 177

16. September 1993

Brauchen wir noch eine Frauen-Organisation?

Nachdenken aus Anlaß eines Jubiläums

Von Dr. Konstanze Wegner MdB

Ich habe das Jubiläum einer der örtlichen ASFs in meinem Wahlkreis zum Anlaß genommen, mir selbst die Frage zu stellen: brauchen wir eigentlich noch besondere Frauenorganisationen in unserer demokratischen, pluralistischen, toleranten Gesellschaft. Und ganz konkret: brauchen wir noch eine eigene Arbeitsgemeinschaft der Frauen in unserer demokratischen, pluralistischen, toleranten SPD? "Weshalb?" denkt mancher Mann und Genosse: Frauen sind doch überall vertreten und reden überall mit!

In der Tat, das tun sie. Im folgenden fünf Beispiele zum Beleg, wie gut es Frauen in unserer Gesellschaft haben:

- hat fast jeder Mann zu Hause eine Frau, die für ihn putzt und die Familienarbeit erledigt - dafür ist ihr die ganze Familie dankbar, läßt sie das immerzu spüren und trägt sie auf Händen.
- gibt es den Gleichheitsgrundsatz in der Verfassung, und die Gemeinsame Verfassungskommission von Bundestag und Bundesrat hat diesen Grundsatz nach monatelangem Gezänk sogar noch um ein nichtssagendes Sätzchen ergänzt.
- tut Kanzler Kohl etwas für die Frauen. Hat er doch in der letzten Legislaturperiode gleich drei Frauen zu Ministerinnen gemacht mit einem wahren Zaubertrick: er hat ein einflußloses Ministerium, den alten Bauchladen des Jugend-Frauen-Familien-Gesundheits-Ministeriums in drei Teile geteilt und damit aus einem einflußlosen Ministerium gleich drei einflußlose gemacht und jedes mit einer Frau besetzt.
- ist die SPD erwiesenermaßen für die Frauen: Sie hat schließlich bei sich die Quote durchgesetzt. Sie wollte allerdings keine Frau als Vorsitzende der Bundestagsfraktion oder gar als Parteivorsitzende haben, so weit geht die Frauenfreundlichkeit dann doch nicht.

Verlag, Redaktion und Druck:

Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Hausallee 2-10, Pressehaus 1/217, 53119 Bonn
Postfach 120408, 53046 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl.
zuzügl. MwSt. und Versand.

Kreuzträger-Gesellschaft
für nachhaltige Kommunikation
Recycling-Papier



- steht bei Sonntagsreden aller Politiker Frauen- und Familienpolitik (mit drei "I" spricht der Kanzler dieses Wort aus) an erster Stelle, und im nächsten Jahr, wo insgesamt 19 Wahlen stattfinden, werden wir ganz viel von der Bedeutung und von den berechtigten Forderungen der Frauen zu hören bekommen. Bei den Haushaltsberatungen im Bundestag ist die Reihenfolge dann aber eine ganz andere: Zu fernsehgerechter Zeit, bei vollem Haus, wird der Haushalt des Bundeskanzlers debattiert, der Verteidigungshaushalt und der Wirtschaftshaushalt, alle von Männern vertretene, bedeutende, männlich strukturierte Haushaltspläne. Wenn aber die Sonne längst untergegangen ist, wenn das Fernsehen nicht mehr überträgt, wenn das Wasserwerk sich geleert hat, dann werden die Haushalte für Frauen, Jugend und Familie beraten. Dann sind wir Berichterstatterinnen - natürlich alles Frauen - ganz intim, ganz unter uns. Denn zum Zuhören ist fast niemand mehr da.

Mit meinen Beispielen will ich zeigen, daß trotz aller familienfreundlichen Beteuerungen und Programme die sogenannten Reformen auf diesem Gebiet häufig nur an der Oberfläche kratzen. Trotz aller Deklamationen und Verfassungsgrundsätze sind Frauen im Arbeitsleben, im familiär-partnerschaftlichen Bereich und in der Gesellschaftspolitik immer noch massiv benachteiligt. Ich nenne nur ein Beispiel aus jedem Bereich: Immer noch haben Frauen fast um ein Drittel niedrigere Löhne als Männer, immer noch werden die Regelungen eines legalen Schwangerschaftsabbruchs von fast ausschließlich männlich besetzten Gremien festgelegt, immer noch sind Frauen in den Führungspositionen von Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und öffentlichem Dienst eine verschwindende Minderheit.

Um das zu verändern und zwar in überschaubarer Zeit, brauchen wir nicht nur Verfassungsgrundsätze und gesetzliche Förderbestimmungen, sondern auch Frauenorganisationen wie die AsF, die sich kämpferisch, sachkundig und mit langem Atem für die endliche Verwirklichung der Gleichberechtigung einsetzen. Allerdings, einer Parteilkarriere ist allzu großes Engagement in der AsF nicht unbedingt förderlich. Als ich mich Ende der 70er Jahre in Mannheim mit der dortigen AsF für die Gründung einer Pro-Familia-Beratungsstelle und eines Frauenhauses einsetzte und dann in den Stadtrat kam, ließ mich der damalige Oberbürgermeister kommen und sagte mir in barschem Ton: "Wenn Du hier etwas werden willst, dann laß erst einmal diesen Frauenkram." Er meinte es gut mit mir, er war ehrlich, er sprach nur aus, was viele damals dachten und manche heute immer noch denken.

Dennoch ist die Partei sensibler geworden bei diesem Thema. Vor einigen Jahren brachte die Sozialdemokratische Gesellschaft für Kommunalpolitik ein Heft mit folgenden Schwerpunkten heraus: Verkehr, Müll, Frauen. Eine solche unsensible Aneinanderreihung doch sehr unterschiedlicher Problembereiche wäre heute wohl nicht mehr möglich. Es gibt also doch Fortschritte in der Frauenpolitik! Mit diesem hoffnungsvollen Ausblick möchte ich schließen und wünsche der AsF auch in Zukunft den nötigen Biß.

(-/16. September 1993/rs/fr)

Rechtsstaat auf den Kopf gestellt
Zum ersten Entwurf des SKWPG

Von Hans Büttner MdB
Arbeitsmarktexperte der SPD-Bundestagsfraktion

Mit dem Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung des Spar-, Konsolidierungs- und Wachstumsprogramm (SKWPG) will die Bundesregierung nicht nur Sozialleistungen für die sozial Schwachen in unverantwortlicher Weise kürzen, sie sät damit auch weiter an den Grundpfeilern des Rechtsstaates.

Nach Paragraph 44 des Sozialgesetzbuches X muß ein Versicherter einer gesetzlichen Sozialversicherung zuviel gezahlte Beiträge oder zu geringe Leistungen rückwirkend zurückerstattet bekommen, wenn gerichtlich festgestellt wird, daß die entsprechenden Bescheide der Arbeitslosen-, Renten- oder Krankenversicherung falsch waren.

Im Bereich der Renten- und Krankenversicherung gilt der Rechtsgrundsatz weitgehend unverändert weiter. Im Bereich der Arbeitslosenversicherung wird dieser Grundsatz nach dem Willen der Regierung jedoch weiter auf den Kopf gestellt.

Mit der geplanten Neuformulierung des Paragraph 152 des Arbeitsförderungsgesetzes werden Bundesregierung oder Arbeitsverwaltung ermächtigt, Verordnungen oder Dienstanweisungen zu erlassen, ohne von den Betroffenen rückwirkend zur Rechenschaft gezogen werden zu können. Der staatlichen Willkür ist durch eine solche Gesetzesänderung Tür und Tor geöffnet. Denn bereits in seiner jetzigen Form entspricht dieser Paragraph nicht dem Rechtsstaatsprinzip.

Auslöser dieser erneut vorsätzlich rechtswidrigen Vorgehensweise der Koalition ist anscheinend ein Urteil des Bundesverfassungsgerichtes über die sogenannte "fiktive Anrechnung" von Unterhaltsansprüchen für Beziehler von Arbeitslosenhilfe. Entgegen dem Willen der Opposition und aller Sachverständigen, hatte die Koalition die Bundesanstalt für Arbeit dazu verpflichtet, Arbeitslosenhilfe-Berechtigten keine oder nur eingeschränkte Leistungen zu gewähren, wenn zum Beispiel Eltern, Kinder oder Ehepartner zum Unterhalt verpflichtet gewesen wären, diese sich aber weigerten, den Unterhalt zu bezahlen. Die Folge: Der Betroffene erhielt kein Geld, weder vom Arbeitsamt noch von den Eltern. Das Bundesverfassungsgericht hatte diese Praxis als verfassungswidrig erklärt und festgehalten: Bei der Berücksichtigung von Einkommen Arbeitsloser darf nur das auf die Arbeitslosenhilfe angerechnet werden, was auch tatsächlich erzielt wird. Einen Rechtsanspruch gegen Dritte hatte sich die Arbeitsverwaltung vom Betroffenen abtreten zu lassen, um ihn gegenüber diesem Dritten geltend zu machen.

Aufgrund dieses Urteils kann auf die Bundesanstalt für Arbeit eine noch nicht zu überschauende Zahl von Anträgen auf nachträgliche Erstattung von rechtswidrig verweigerter Arbeitslosenhilfe zukommen. Dies kann den Bund einige hundert Millionen D-Mark kosten.

Weil das Bundesverfassungsgericht einen vorsätzlich rechtswidrigen Verwaltungsakt der Bundesregierung außer Kraft gesetzt hat, will die gleiche Bundesregierung nun diesen Willkürakt durch den vorgesehenen neuen Paragraph 152 AFG erneut vorsätzlich rechtswidrig legalisieren. Damit wird nicht nur staatlicher Diebstahl am Bürger nachträglich sanktioniert, es wird auch der Rechtsstaat weiter abgeschafft. Eine solche Vorgehensweise ist verfassungsfeindlich!

(-/16. September 1993/rs/fr)

Freude über den Sieg von Gro Harlem Brundtland
Zum Ergebnis der norwegischen Parlamentswahlen

Von Karin Junker MdEP

Bundesausschende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (ASF)

Die SPD-Frauen sind hocherfreut über den Wahlsieg der norwegischen Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen mit Ministerpräsidentin Gro Harlem Brundtland an ihrer Spitze. Das Wahlergebnis beweist, daß ein Wahlkampf, der die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in den Mittelpunkt der Diskussion rückt und eine aktive und erfolgreiche Gleichstellungspolitik, die inzwischen auch bei den politischen Gegnern Schule gemacht hat, durchaus erfolgreich sein kann.

Es ist zu hoffen, daß es der alten und wohl auch neuen Ministerpräsidentin in absehbarer Zeit gelingen wird, die noch bestehenden Vorbehalte der norwegischen Bevölkerung gegen einen Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft abzubauen. Das norwegische Vorbild in Sachen Gleichstellung von Mann und Frau kann sich nur förderlich in der EG auswirken. Der "Export" einer erfolgreichen Quotenregelung hat unter anderem schon die innerparteiliche Gleichstellung in der deutschen Sozialdemokratie deutlich voran gebracht.

(-/18. September 1993/rs/fr)

Wir brauchen eine Charta der Kinderrechte
Eine Forderung nicht nur zum Weltkindertag

Von Lissy Gröner MdEP

Am 20. September ist Weltkindertag - ein Grund zum Feiern für die 120 Millionen Kinder und Jugendlichen in der Gemeinschaft? Nicht unbedingt: "Die zunehmende Arbeitslosigkeit in der EG und als Folge davon die soziale Ausgrenzung bekommen die schwächsten Familienmitglieder am stärksten zu spüren.

Wir Sozialdemokraten warnen vor der schleichenden Verarmung, die in der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen wird. Verschärft wird die Situation für die betroffenen Familien noch dadurch, daß bei den öffentlichen Haushalten zu allererst immer im Sozialbereich Abstriche gemacht werden. Die Bundesregierung geht da allen voran, indem sie immer mehr Kürzungen vornimmt.

Sel es

- kein Geld für Kinderbetreuungsplätze
- Kürzungen bei den Arbeitslosenentschädigungen
- Einsparungen im Bildungsbereich oder
- unerschwinglich hohe Mieten, weil der soziale Wohnungsbau über Jahre hinweg vernachlässigt wurde -

Überall sind die Kinder von den Sparmaßnahmen zuerst betroffen. Wen wundert es da, wenn Deutschland immer noch den zweifelhaften Ruf, eines der kinderfeindlichsten Länder Europas zu sein.

Meiner Überzeugung nach ist es Aufgabe der Politik, hier Zeichen zu setzen, und dies nicht nur am Weltkindertag! Es muß endlich eine europäische Offensive gestartet werden, die die Voraussetzung dafür schafft, daß jedes Kind seine Potentiale voll entfalten kann. Aus diesem Grund fordere ich erneut vom Europäischen Parlament die Durchführung eines EG-Aktionsprogramms für Kinder. Ein Aspekt diese Initiative soll die Festschreibung der Rechte der Kinder in einer verbindlichen "Europäischen Charta der Kinderrechte" sein.

(-/16. September 1993/rs/fr)

DOKUMENTATION

Wolfgang Thierse: Kleine Schritte sind besser als große Worte

Der stellvertretende SPD-Partei- und Fraktionsvorsitzende Wolfgang Thierse sprach am 15. September auf dem Kongreß der Friedrich-Ebert-Stiftung "Die Ost- und Deutschlandpolitik der SPD 1992-1989" in Bonn. Wir dokumentieren daraus Abschnitte, die sich mit dem Blick der Ostdeutschen auf die Dialogpolitik jener Jahre beziehen.

Es ist, so scheint mir, ungerecht, heute den Sozialdemokraten nachzusagen, ihre Ostpolitik habe die Menschenrechte vernachlässigt, habe dazu nicht genug gesagt. Willy Brandt hatte mit dem Rückhalt des gesamten Westens der Sowjetunion ihre KSZE aus der Hand genommen. Das Ja dazu hing plötzlich davon ab, daß die Sowjetunion sich auch mit den Menschenrechten zu befassen und Vereinbarungen darüber zu treffen hatte. Und das Ja der Sowjetunion kam trotzdem. Wäre dies ohne den diplomatischen, protokollarisch korrekten und gelegentlich auch persönlich eingefärbten Kontakt mit den Machthabern, mit dem Symbol der unterdrückenden Stagnation, Breschnew, möglich geworden?

Die SPD hat ihre Kontakte genutzt und vielen Opfern der stalinistischen Diktaturen helfen können. Kleine Schritte sind besser als große Worte. So ist es.

Die Macht und Stabilität des Ostblocks haben die westdeutschen Sozialdemokraten - ebenso wie bis zum Ende der DDR, bis in den Herbst 89 hinein die ostdeutschen Oppositionsgruppen, auch die SPD-Gründer - überschätzt. Und die DDR-Opposition überschätzt sich selbst, wenn sie sich heute beklagt, Sozialdemokraten hätten sie nicht hinreichend kontaktiert.

In Wirklichkeit traf man sich in der Friedensbewegung und bei vielfachen persönlichen Kontakten - und mehr war ja auch nicht! Es gab nicht die Gruppe, den Sprecher in der DDR, der für alle hätte sprechen können, es gab in der DDR weder eine "Solidarnosc" noch einen Vaclav Havel, leider. Keiner hat gesagt, die heute haben es satt, an und mit der DDR herumzuexperimentieren, besser: auf ihrem Rücken experimentieren zu lassen - und auf ein späteres besseres Leben vertröstet zu werden, das der Einzelne vielleicht gar nicht mehr erreicht.

Das war übrigens auch nicht die Haltung der DDR-Opposition, die am Ende der 80er Jahre endlich unübersehbar wurde. Es ist müßig, im Nachhinein revolutionäre Situationen in der DDR hereiphantasieren zu wollen, die es nach meiner Überzeugung in der DDR nicht gab, die deshalb auch nicht von westlichen Stabilitätsfanatikern übersehen oder gar verhindert worden wären.

Mit Polen ist das etwas anderes. Solidarnosc war für uns im Osten eine Hoffnung; unsere Herrschaften hatten das bemerkt und behinderten den Kontakt zwischen Ostdeutschen und Polen. Im Westen hatte man eher Angst um die Stabilität und glaubte nur zu gern, was - vielleicht, wie wir in den letzten Wochen gehört haben, sich als gut gestrickte Legende entpuppt: Solidarnosc wird den vierten sowjetischen Einmarsch nach 1953 (da mußten sie nicht einmarschieren), 1956 und 1968 zur Folge haben. Wir haben das auch gefürchtet. Erlebten wir doch klare Anzeichen einer Mobilmachung der NVA. Die Zeitgeschichtler werden uns alsbald sagen können, ob wir uns da auch geirrt haben. Jedenfalls hielten wir es für möglich, und das sagt doch alles über die ost- wie die westdeutschen Wahrnehmungen in der Welt des Kalten Krieges.

Grundsätzlich war es deshalb richtig und moralisch, im Atomzeitalter der Abwendung des Ost-West-Krieges die Priorität einzuräumen. Spätestens 1989 aber war die Sorge um die Stabilität obsolet, denn die Stabilität war dahin. In Polen und Ungarn betrieben die Kommunisten ihre Entmachtung geradezu selbst. Gorbatschow wußte offenbar nicht, daß er es auch tat, und in der DDR herrschte "oben" Agonie. Endlich konnten wir unsere Angelegenheiten selbst in die Hand nehmen, die Objektrolle abstreifen.

Ich habe Egon Bahr so verstanden, daß die Signale vom bevorstehenden Zusammenbruch der DDR auch deshalb im Westen nicht ankamen, weil das vorherrschende Bild von der DDR "Nischen-gesellschaft" solche zunächst eher laisen Signale immer wieder dementierte. Vor allem aber weil Polen, Ungarn und Gorbatschow zu beweisen schienen, daß die Wende tatsächlich "von oben" oder durch Assistenz der kommunistischen Parteien beziehungsweise deren eigene Veränderung erfolgen würden.

Die andere Ursache für eine partielle "Blindheit", wenn ich es so nennen darf, war das eigene Konzept: der Versuch über Sicherheitspartnerschaft zu einer Veränderung des Systems in Stabilität beizutragen, die unausweichlich den Menschenrechten dienen mußte. Dabei wurde übersehen, daß der Druck, der wegverhandelt werden sollte, 1989 nicht mehr wirkte. Die Völker unter der Macht des Sowjetsystems nahmen diesen Druck nicht mehr ernst und sahen deswegen in dem eingeschlagenen Weg einen vermeidbaren Umwelt. Diesen Irrtum auf den letzten Metern der Entwicklung hat Egon Bahr von sich aus sehr früh eingeräumt. Das relativiert seine Lebensleistung nicht, im Gegenteil.

Die Ost- und Deutschlandpolitik der SPD, auch in der Opposition, hat ostdeutsche Spielräume erhöht, unsere Informationen verbessert, den Frieden sicherer gemacht. Alles Voraussetzungen für den Herbst 1989, der dennoch nicht eine einfach logische, unausweichliche Konsequenz gewesen ist. Das zu behaupten wäre allzu billige Apologetik! Denn weggejagt haben wir die SED schließlich selbst. Wir, das Volk der DDR. Mit der Parole "Wir sind das Volk. Wir bleiben hier" konnten wir die Herrschenden tatsächlich bedrohen.

Dies war zugleich ein Akt der Subjektwerdung der ostdeutschen Bevölkerung. Aus dem unterdrückten Objekt von SED-Politik und dem Adressaten westdeutscher Politik wurde ein eigenes politisches Subjekt! Übrigens auf durchaus nicht-nationalistische Weise. Die vielfache Erfahrung heute, nach drei Jahren staatlicher Einheit doch wieder vor allem Objekt von Politik zu sein - ich fürchte diese Erfahrung macht nicht weniger verführbar zu einem neuen, alten Nationalismus. (-/16. September 1993/rs/fr)

Eine liebevolle Erinnerung an Willy Brandt

»Ein herrliches Zeitzeugnis« nennt Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident die Sammlung von knapp zweihundert Blättern »aus der Feder von vierundvierzig Meistern ihres Faches«.

Tatsächlich ist dies eines der schönsten Bücher über Willy Brandt. Eigentlich ein Maß im Bücherschrank eines jeden Sozialdemokraten. Über 40 Karikaturen begleiten den politischen Lebensweg Willy Brandts von 1957, als er in Berlin Verantwortung übernahm, bis 1992, als er in Berlin begraben wurde. Einzelversand gegen Einzahlung eines Schecks über 44,50 Mark (39,50 Mark zuzügl. fünf Mark Versandkosten). Bei Abnahme von mehr als fünf Exemplaren werden die Versandkosten gesondert berechnet.



Bestellcoupon

Ich bestelle _____ Exemplare | „Man hat sich bemüht - Willy Brandt - sein Leben im Spiegel der Karikatur“ zum Preis von DM 39,50 zuzüglich Versandkosten*.

Bestelladresse: SPD-PresseDienst, Presshaus I, Heussallee 2-10/217, 53113 Bonn

Einen Euroschack über DM _____ füge ich diesem Coupon bei.

Name, Vorname _____

Adresse _____

Datum, Unterschrift _____

* Versandkosten	
Einzelexemplar	DM 5,00
5 Exemplare	DM 17,50
Bei Mehrabnahme werden Versandkosten gesondert berechnet.	